

A7 Europas Jugend will ein besseres Europa!

Gremium: Landesvorstand
 Beschlussdatum: 30.06.2019
 Tagesordnungspunkt: 8 Diskussion zur Europawahl

1 Die Ergebnisse der Europawahl haben verdeutlicht, dass Europas Jugend mehr,
 2 anstelle von weniger Europa möchte. Diese Ergebnisse, vor allem für die Grünen,
 3 die nicht nur auf einen enormen Zuwachs in Deutschland, sondern auch in anderen
 4 Ländern, wie Frankreich, den Niederlanden und Italien zurückzuführen sind,
 5 verdeutlichen den Vertrauensvorsprung, den uns die Wähler*innen geben. Sie
 6 fordern eine echte Gleichberechtigung aller Menschen in Europa, sowie eine
 7 soziale, faschismusfreie und vor allem eine europäische Union, die sich den
 8 globalen Herausforderungen, wie dem Klimawandel und der weltweiten
 9 Friedenssicherung verschreibt. Dabei ist es auch unsere Aufgabe als GRÜNE JUGEND
 10 auf die Forderungen und Wahlversprechen hinzuwirken. Wir kämpfen weiter für ein
 11 solidarisches, gerechtes und friedliches Europa und gegen Grenzzäune und rechte
 12 Strukturen.

13 Europäischer Klimaschutz auf allen Ebenen

14 Wir fordern einen echten Klimaschutz auf allen politischen Ebenen, der CO₂
 15 merklich reduziert. Wir wollen eine europäische Klimapolitik, die dem 1,5 Grad
 16 Ziel standhält. Dazu brauchen wir eine energische Umsetzung des europaweiten
 17 Kohleausstiegs bis 2030 und 100 Prozent Erneuerbare Energien mit der
 18 europäischen Energiewende. Kerosin muss endlich besteuert werden und
 19 Fluggesellschaften dürfen nicht mehr mit Steuervorteilen davon kommen. Auch die
 20 CO₂ Steuer muss in Deutschland und in ganz Europa durchgesetzt werden, dabei
 21 gilt der Richtwert 180€ pro emittierter Tonne CO₂-Äquivalent.
 22 Europa muss das Verbot von Einweg-Plastik umsetzen und Mehrweg-Plastik
 23 besteuern. Regelungen für das Pfandsystem muss von Aufnahmen frei sein, das
 24 heißt unter anderem auf Molke-Erzeugnisse muss Pfand erhoben werden und auch
 25 Glasflaschen sollten nur noch über Mehrweg-Pfandsysteme laufen. Um unsere
 26 Ressourcen zu schonen, ist eine Kreislaufwirtschaft dringend notwendig.
 27 Wir fordern den nachdrücklichen Aufbau eines transnationalen, gemeinsamen,
 28 elektrifizierten Schienennetzes, sowie schnellere Nachtzugverbindungen in ganz
 29 Europa zu bezahlbaren Preisen. Um unsere Klimaziele einzuhalten, können wir uns
 30 die Emissionen von innereuropäischen Kurzstreckenflügen nicht leisten.
 31 Auch wenn wir in Europa mit immer mehr Ernteaussfällen aufgrund extremer
 32 werdender Wetterlage zu kämpfen haben, treffen unser planetenzerstörender Konsum
 33 und Lebensstil vor allem die Menschen im globalen Süden.
 34 Um kleine und ökologische landwirtschaftliche Betriebe zu fördern, müssen die
 35 Agrarsubventionen der EU hauptsächlich nach ökologischen Aspekten und nicht mehr
 36 nach Größe vergeben werden. Um unsere Biodiversität zu schützen und den Ertrag
 37 der nächsten Jahrzehnte zu sichern, ist die ökologische Bewirtschaftung unserer
 38 landwirtschaftlichen Flächen dringlich notwendig und muss finanziell gefördert
 39 werden. Ebenso fordern wir europaweite Richtlinien für ein besseres Tierwohl in
 40 Europa. Dies beginnt bei einem einheitlichen und transparentem System, welches
 41 Aufzucht-, Haltungs- und Schlachtbedingungen aller Nutztiere mit einbezieht.
 42 Ebenso dazu zählen das Verbot des Kükentötens, das Verbot von Tiertransporten in

43 Drittländer und das Verbot aller Pelztierfarmen in Europa.
44 Die Folgen des Handelns eines jeden Einzelnen muss dabei noch deutlicher werden
45 und die Europäische Union muss endlich die Konsequenzen ihres Handelns tragen.
46 Die Aufnahme, unter anderem von Klimageflüchteten, ist dabei ein Schritt in die
47 richtige Richtung.

48 **Rechte aller Menschen stärken**

49 In vielen europäischen Ländern werden diverse Grund- und Menschenrechte massiv
50 verletzt. Menschen, die auf die Straße gehen, erfahren Widerstand, Unterdrückung
51 und Gewalt. Auch Schüler*innen der Fridays For Future Bewegung werden dabei
52 immer wieder mit Anschuldigungen und schulischen Konsequenzen konfrontiert. Wir
53 als GRÜNE JUGEND Hessen solidarisieren uns mit allen Bewegungen weltweit, die
54 für den Erhalt unseres Planeten kämpfen. Wir stehen hinter den Menschen, die in
55 den Kampf um unsere Lebensgrundlage Repressionen erfahren und fordern die
56 Politiker*innen aller Parteien auf, den Schutz der Umwelt als erste Priorität in
57 allen Politikbereichen mitzudenken und umzusetzen. Der Schutz unseres Planeten
58 muss die oberste Bedingung sein!

59 Alle Menschen in Europa müssen das Recht haben ihre Grund- und Menschenrechte
60 einzuklagen. Wir wollen ein Justizsystem, dass dies garantiert. Der Schutz aller
61 Menschen, egal ob auf dem Mittelmeer oder vor der eigenen Haustür muss durch die
62 Europäische Union und ihre Institutionen garantiert werden. Wir wollen ein
63 Europa ohne Grenzzäune und ein Europa, das die Rettung von Menschen in Not nicht
64 kriminalisiert.

65 Insbesondere aufgrund der Zunahme von autoritären und rechten Staaten in Europa,
66 sowie rechten Strukturen innerhalb der einzelnen Nationalstaaten ist es
67 grundlegend, dass wir als GRÜNE JUGEND den Ausbau und die Verteidigung von
68 Bürger*innenrechten noch deutlicher einfordern. Wir müssen den Schutz von
69 Aktivist*innen, Bürgerrechtler*innen, Whistleblowern und Journalist*innen, sowie
70 gesellschaftlichen Minderheiten gewährleisten. Bürger*innenrechte dürfen nicht
71 vom Pass, dem Geschlecht, der sexuellen Orientierung, der Religionszugehörigkeit
72 oder der Regierung abhängen, sondern müssen für jeden Menschen einklagbar sein,
73 auch im Netz!

74 Auch die Rechte von LGBTQIA* Personen werden in Europa immer wieder infrage
75 gestellt und Menschen wegen ihres Geschlechtes oder/und ihrer sexuellen
76 Orientierung diskriminiert. Wir fordern ein Europa, das sich klar für die Rechte
77 dieser Menschen einsetzt!

78 **Ein neues Europa - auf sozialer und institutioneller Ebene**

79 Die Zustimmungswerte zur Europäischen Union sind in den letzten Jahren,
80 insbesondere bei jungen Menschen, stetig gewachsen. Dies bedeutet vor allem,
81 dass wir als Grüne speziell jungen Menschen in ganz Europa Perspektiven schaffen
82 und für soziale Gerechtigkeit kämpfen müssen. Die Anpassung der europäischen
83 Sozialstaaten und die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung,
84 welche europäische konjunkturelle Ungleichheiten ausgleicht, ist dabei genauso
85 wichtig wie faire Löhne in ganz Europa - auch in der Ausbildung. Die Aufstockung
86 des europäischen Sozialfonds ist, genauso wie die verpflichtend-faire Bezahlung
87 von Praktika, auch in europäischen Institutionen, ein notwendiger Schritt hin zu
88 einem sozialeren Europa. Auch freie und gute Bildung für alle jungen Menschen in
89 Europa ist unabdingbar! Wir müssen solidarisch dafür einstehen und Konzepte
90 entwickeln, eine gute Perspektive für alle Jugendlichen zu schaffen.
91 Jugendarbeitslosigkeit sollte nicht mehr die Regel sein! Das junge Menschen für
92 eine Berufsausbildung in ein anderes EU-Land emigrieren, soll nur eine von

93 vielen Optionen sein. Im gleichen Zug möchten wir es auch den Personen, durch
94 ein ERASMUS+, welches Berufsausbildungen besser abdeckt, erleichtern eine
95 Berufsausbildung im europäischen Ausland zu machen.

96 In diesem Jahr wurde uns deutlich gemacht, dass die Jugend von heute die Zukunft
97 von Morgen ist und diese politisch mitgestalten möchte. Um Europa zukünftig auch
98 für alle Menschen zugänglicher zu machen, fordern wir das Absenken des
99 Wahlrechts auch auf europäischer Ebene, denn Wählen ist ein Menschenrecht.

100 Auch wenn die Europäische Union auf dem internationalen Parkett eine immer
101 größere Rolle spielt, sind viele europäischen Bürger*innen mit der EU und ihren
102 Strukturen nicht zufrieden. Wir müssen eine Arbeitsform finden, die transparent,
103 effizient und Bürger*innenfreundlich ist, gleichzeitig die Bürger*innen aller
104 europäischen Staaten mit einbezieht und Partizipation ermöglicht. Die GRÜNE
105 JUGEND Hessen fordert die Durchsetzung demokratischer Strukturen auf allen
106 europäischen Ebenen. Wir brauchen einen Umbau der Institutionen und Strukturen
107 der Europäischen Union. Das Europäische Parlament als gewählte Vertretung aller
108 EU-Bürger*innen muss endlich zu einer Volksvertretung werden.

109 Es muss uneingeschränktes Budgetrecht bekommen, Gesetzesakte initiieren dürfen
110 und die Europäische Kommission wählen. Auch bei außenpolitischen Missionen und
111 Auslandseinsätzen muss es die Möglichkeit des Vorbehalts geben.

112 Die Einführung eines europäischen Staatsbürger*innentums ist der Anfang hin zu
113 einem gemeinsamen Europa. Die Stärkung einer europäischen Öffentlichkeit ist
114 dazu die Grundvoraussetzung. Wir wollen europäisch-geförderte, öffentlich-
115 rechtliche Medien in allen Sprachen.

116 **Für eine friedenssichernde Politik in der ganzen Welt**

117 Während die Europäische Union, als das erfolgreichste Friedensprojekt aller
118 Zeit, innerhalb Europas den Frieden sichert und sich für ihren Erhalt einsetzt,
119 egal ob in Irland, im Baskenland oder in der Balkanregion, hat die EU jenseits
120 der europäischen Grenzen noch einiges aufzuholen. Wir brauchen eine europäische
121 Außenpolitik, anstatt der Verstärkung der nationalen Sicherheitsmechanismen.

122 Eine gemeinsame Außenpolitik fördert nicht nur die Stellung der EU im
123 internationalen Kontext, sondern auch den Frieden innerhalb und außerhalb
124 Europas. Eine gemeinsame außenpolitische Strategie aller Staaten ist notwendig,
125 um Frieden zu sichern und Konflikte und Krisen einzuschränken. Konflikte müssen
126 dabei ohne militärische Interventionen gelöst werden.

127 Dabei muss sich die europäische Außenpolitik dem Einsatz für Demokratie und
128 Menschenrechte verpflichten. Die Zusammenarbeit mit und Waffenlieferungen an
129 Autokrat*innen lehnen wir ab.

130 Auch die Rückgabe von geraubten Kulturgegenständen aus anderen Teilen dieser
131 Welt ist ein wichtiger Schritt, um eine gerechtere Welt zu schaffen. Diese
132 Rückgabe muss sofort und zugunsten der Beraubten stattfinden.

133 Auch die Handelspolitik der Europäischen Union muss neu gedacht werden. Das
134 Paradigma der Entwicklung, welches unter anderem durch die
135 Entwicklungszusammenarbeit eine große Auswirkung auf den globalen Süden hat,
136 muss ganz im Sinne des Post-Wachstums-Ansatzes, hinterfragt werden. Auch das
137 Versprechen der neoliberalen Ökonom*innen durch die
138 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) bzw. Economic Partnership Agreements
139 (EPAs) muss kritisch beäugt werden. Die Realität zeigt häufig, dass die
140 Handelsabkommen Ungleichheit weiter produzieren. Wir wollen eine Außenpolitik
141 die fair und gerecht ist und sich an demokratischen Werten orientiert. Die
142 Auflösung postkolonialer Strukturen, die Förderung von Frieden ohne Gewalt,

143 sowie die kritische Untersuchung der europäischen Handels- und Außenpolitik
144 fordern wir!

145 Lasst uns gemeinsam als GRÜNE JUGEND Hessen für eine solche europäische Politik
146 kämpfen! Sozial, gerecht, friedlich und ökologisch!